

PLENUM 2023



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Der Atomausstieg ist vollzogen – und bleibt richtig!

GABRIELA HEINRICH:

Die Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht

CARSTEN TRÄGER:

Bedrohte Tiere nicht dem Wahlkampf opfern

MARTINA STAMM-FIBICH:

Europa feiert Geburtstag

JAN PLOBNER:

Warum Spielregeln hilfreich für alle Beteiligten sind

Der Atomausstieg ist vollzogen – und bleibt richtig!

Am 15. April wurden die letzten drei Atomkraftwerke, die sich in Deutschland noch in Betrieb befanden, vom Netz genommen. Über 20 Jahre nach seiner Vereinbarung ist der Atomausstieg damit vollzogen. Er bleibt richtig, egal mit welchen Märchen über die Energieversorgung die Union aus durchsichtigen Gründen Unsicherheit schürt.

Atomkraft ist nicht verlässlich, sondern unzuverlässig

Wie unzuverlässig Atomkraft heute ist, haben wir letztes Jahr in Frankreich gesehen. Über die Hälfte der Reaktoren dort mussten im Sommer stillgelegt werden – wegen technischer Mängel, Wartungsbedarf und vor allem Wassermangel. Es gab aufgrund einer Hitzewelle nicht mehr genug Wasser in den Flüssen, um die Reaktoren zu kühlen! Frankreich musste noch mehr Strom aus Erneuerbaren Energien aus Deutschland importieren als gewöhnlich, was zu den hohen Strompreisen in Deutschland beigetragen hat.

Atomkraft ist nicht sauber, sondern hochgiftig

Die deutsche Atomkraft wird am Ende 10.500 Tonnen hochradioaktiven und hochgiftigen Atommüll aus Brennelementen erzeugt haben, deren Lagerung voraussichtlich rund 27.000 Kubikmeter in Anspruch nehmen wird. Niemand weiß bisher, wo und wie diese toxische Hinterlassenschaft auf hunderttausende Jahre sicher gelagert werden könnte. Dazu kommen nochmals 300.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Laut Umweltbundesamt erzeugt Atomkraft zudem über den gesamten Lebenszyklus rund viermal



JAMESQUBE / PIXABAY.DE

soviel CO₂ wie Photovoltaik und über zehnmal so viel wie Windenergie.

Atomkraft ist nicht günstig, sondern auf Ewigkeit teuer

Atomkraft war nie günstig – sie war für die Betreiber überhaupt nur wirtschaftlich und schien günstig, weil sie von Anfang an massiv subventioniert wurde. Die „versteckten Kosten“ etwa für die Lagerung des Atommülls wurden nie in den Strompreis eingepreist, sondern müssen von den Steuerzahlern bezahlt werden. Forschungsinstitute beziffern den wahren Preis einer Kilowattstunde Atomstrom auf 32-55 Cent, den von Windstrom dagegen auf 6, von Solarstrom auf 9 Cent.

Atomkraft ist nicht sicher, sondern eine Hochrisikotechnologie

Spätestens die Reaktorkatastrophe von Fukushima hat 2011 gezeigt, dass auch vermeintlich sicherste Atomkraftwerke in Industrieländern im Extremfall anfällig sind – bei Naturkatastrophen,

aber auch bei Terrorangriffen. Das hatte auch die Union schon mal erkannt: Markus Söder forderte 2011 deshalb den Atomausstieg bis 2020.

Atomkraft ist nicht für die Netzstabilität notwendig

Atomkraft hatte zuletzt noch einen Anteil von rund 6 Prozent an der deutschen Stromerzeugung. Die Bundesnetzagentur hat klar erklärt, dass die Versorgungssicherheit nicht gefährdet ist und die Netzbetreiber haben klargestellt, dass keine höhere Gefahr für einen Stromausfall besteht. Das größte Risiko für Stromversorgung und Netzstabilität ist die völlig verfehlte und verantwortungslose Energiepolitik von CSU und FW, die den Bau der nötigen Stromnetze und den Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv blockiert und behindert haben.

Die Behauptungen der Union sind losgelöst von allen Fakten, populistisch und rein wahltaktisch. Mit dem Märchen vom „billigen und sicheren Atomstrom“ will sie Wählerstimmen mobilisieren. Das wird nicht gelingen. Die Zeit der Atomkraft in Deutschland ist endgültig zu Ende – die Zukunft gehört jetzt den Erneuerbaren Energien. Diese Zukunft gestalten wir und sorgen für sicheren, sauberen und günstigen Strom.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Die Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht

Alle Menschen haben das Recht, sich in der Sexualität und in der Familienplanung selbstbestimmt und ohne Zwang entfalten zu können. Eigentlich. Denn in vielen Teilen der Welt ist das leider kaum möglich. Entwicklungsministerin Svenja Schulze rückt das Thema in den Fokus.

Vor wenigen Wochen hat Svenja Schulze ihre Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik vorgelegt. Ein zentraler Teil ist die Stärkung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte. Was häufig als bloßes „Frauenthema“ abgetan wird, betrifft uns eigentlich alle. Darum ging es bei einer Dialogveranstaltung, zu der die Ministerin im April eingeladen hat.

Was genau hat es mit diesen Rechten auf sich? Stellen wir uns eine junge Frau in Tansania vor. Sobald sie ihre erste Periode bekommt, steht sie vor einem Problem: Kann sie sich die überkauften Hygieneartikel leisten oder gibt es keine angemessenen Sanitäreinrichtungen an ihrer Schule, muss sie zu Hause bleiben und den Unterricht verpassen. Gehört sie zu den zehn Prozent der Mädchen und Frauen im Land, die trotz eines gesetzlichen Verbotes Opfer einer Genitalverstümmelung werden, muss sie ab sofort mit erheblichen Schmerzen und gesundheitlichen Folgen leben. Noch bevor sie 18 Jahre alt ist, könnte sie schon verheiratet werden – so geht es einer von drei jungen Frauen



April-Sitzung des Parlamentarischen Beirats für Bevölkerung und Entwicklung der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung.

in Tansania. Oder sie wird ungewollt schwanger. Auch das ist aufgrund fehlender Sexualaufklärung und des eingeschränkten Zugangs zu Verhütungsmitteln nicht unwahrscheinlich.

Diese Aufzählung ließe sich beliebig weiterführen – vom Verbot der Homosexualität über die Infektion mit Krankheiten bis hin zur Müttersterblichkeit. Eines haben die vielen Beispiele gemein: das fehlende Recht auf Selbstbestimmung. Immer wieder sind es andere Menschen – häufig Männer – oder fehlende Ressourcen, die über Frauen und ihre Körper entscheiden. Und das mit weitreichenden Konsequenzen, denn jedes dieser Ereignisse setzt eine Spirale in Gang.

Zum Beispiel: Wer ungewollt schwanger oder früh verheiratet wird, bricht wahrscheinlich die Schule ab und fällt in die Abhängigkeit des Mannes. Das hat Auswirkungen auf die Gesellschaft im Ganzen. Wenn Frauen – und damit schließlich eine Hälfte der Bevölkerung – daran gehindert werden, sich frei zu entfalten und ihr Potenzial voll auszuschöpfen, bedeutet das auch: geringere Wirtschaftsleistung, weniger Ernährungssicherheit, schlechtere Regierungsführung.

Das hat Svenja Schulze bei der Dialogveranstaltung deutlich gemacht. Die Stärkung sexueller und reproduktiver Rechte ist deshalb ein Herzstück der feministischen Entwicklungspolitik.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Bedrohte Tiere nicht dem Wahlkampf opfern

Die Bayerische Staatsregierung will bedrohte Tierarten wie Wölfe, die europaweit unter höchstem Schutzstatus stehen, zum Abschuss freigeben. Flankierend hat die Union einen passenden Antrag als Nebelkerze in den Bundestag eingebracht, um davon abzulenken, dass ihre Politik keine Rechtsgrundlage hat.

Markus Söders Wahlkampfmanöver werden immer bizarrer. Für eine kantige Schlagzeile rückt er die nach Bayern zurückgekehrten Wölfe und andere Tierarten im wahrsten Wortsinn ins Fadenkreuz. Dabei ist der Schutz des Wolfes und der Umgang mit ihm klar europa- und bundesrechtlich geregelt. Es ist ein weiterer Schritt hin zum völligen Abschied von seriöser politischer Arbeit der CSU/FW-Staatsregierung.

In Bayern gibt es einen hervorragenden Leitfaden für den Umgang mit dem Wolf. Das Bayerische Landesamt für Umwelt hat gemeinsam mit den Naturschutzverbänden den „Aktionsplan Wolf“ entwickelt. Er enthält alles, was es für den Umgang mit den Wölfen in Bayern braucht und beschreibt klar, wann eine Entnahme geboten ist - sie ist tatsächlich schon heute möglich! Außer Frage steht: Wenn ein Wolf gefährlich wird, dann muss er geschossen werden. Wenn aber nicht, dann nicht. Diese harte Arbeit und Expertise der Naturschutzverbände tritt Söder einmal mehr mit Füßen.

Die neue Verordnung Söders und Aiwangers wird rechtlich kaum Bestand haben – genauso wenig wie die Abschussgenehmigungen für den „Traunsteiner Wolf“ im vergangenen Jahr. Die Verordnung sieht vor, dass künftig in



STEVE / PEXELS.COM

nicht schützbar Weidegebieten die Landratsämter Abschussgenehmigungen für jeden Wolf, der in räumlichem und zeitlichem Zusammenhang angetroffen wird, erteilen können. Wenn Söder dabei von „großen“ Populationen spricht, geht es tatsächlich um insgesamt rund 23 Wölfe in Bayern.

Natürlich ist die Rückkehr des Wolfes nach Bayern nicht konfliktfrei, insbesondere mit der Land- und Weidewirtschaft. Politik muss die Konflikte moderieren, ausgleichen, Lösungen finden und das Zusammenleben zwischen Mensch und Wolf organisieren. Eine jahrhundertlang hier heimische Tierart nach ihrer Rückkehr für den schnellen Abschuss freizugeben und ihre erneute

Ausrottung in Deutschland zu riskieren, kann aber nicht die Antwort seriöser Politik sein.

Entsprechend unseriös war auch der Antrag der Union im Bundestag, der behauptete, die FFH-Richtlinie, in der der Schutz der gefährdeten Tiere geregelt ist, sei ungenügend in Bundesrecht umgesetzt. Die Union weiß dabei ganz genau, dass der von ihr angesprochene Artikel auch nach Auffassung der EU-Kommission gar keine zusätzlichen Spielräume für Entnahmen eröffnet. Eine politische Nebelkerze, um die Debatte unübersichtlicher zu machen und die fehlende Rechtsgrundlage ihrer Politik zu verschleiern.

Statt das Leben streng geschützter Tiere mit viel Tamtam dem Wahlkampf zu opfern, sollten CSU und FW endlich die Anstrengungen des Freistaates zur Unterstützung des Herdenschutzes vorantreiben. EU-Fördergelder werden von Bayern weiter nicht ausreichend abgerufen. Der Bund engagiert sich finanziell bereits erheblich. Die populistischen Äußerungen Markus Söders auf dem Rücken des Wolfes sind einzig dem Wahlkampf geschuldet und nicht dem legitimen Interesse der Weidewalter zum Herdenschutz. Söder wird der Verantwortung seines Amtes einmal mehr in keiner Weise gerecht.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 [facebook.com/martina.stammfibich](https://www.facebook.com/martina.stammfibich)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Europa feiert Geburtstag

Am 9. Mai ist Europatag und die Europäische Union feiert mit den Europawochen bis zum 31. Mai Geburtstag: mit Straßenfesten, Diskussionen, Konzerten, Ausstellungen und vielem mehr – Veranstaltungen in Bayern findet Ihr hier: https://www.blz.bayern.de/europa-mai-2023_a_64.html. Warum der 9. Mai? Der 9. Mai 1950 ist die Geburtsstunde der Europäischen Union. Der damalige französische Außenminister Robert Schuman schlug vor, eine Produktionsgemeinschaft für Kohle und Stahl zu schaffen – und legte damit nicht nur den Grundstein für die EU, sondern auch für Frieden und Wohlstand in Europa.

Europa und die EU sind zusammengewachsen, haben viele Krisen durchgemacht, sind aber weiterhin mit großen Herausforderungen konfrontiert: Der Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Verteilungsfrage in der Flücht-

lings- und Asylpolitik, die wirtschaftlichen und fiskalischen Herausforderungen vieler Mitgliedsstaaten, Energiepolitik und Klima- und Umweltschutz sind nur einige Themen einer langen Liste, auf die die Staaten der EU Antworten finden müssen.

Um bei all diesen Entscheidungen mitwirken zu können, finden im Mai 2024 die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Wir fangen bereits an zu planen und Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen. Wir gehen geeint gegen die größten Probleme unserer Zeit vor, um allen in Europa eine bessere Zukunft zu ermöglichen.



Gesetz gegen Lieferengpässe bei Arzneimitteln

In der letzten Woche hat die EU-Kommission eine neue Pharma-Strategie für Europa vorgelegt. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll die Arzneimittelversorgung in Europa langfristig abgesichert werden.

Darüber hinaus will die Kommission den Zugang zu Arzneimitteln in allen Mitgliedsstaaten verbessern und den Produktionsstandort Europa stärken. Der Ukrainekrieg und die Covid-19-Pandemie stellen die Arzneimittelversorgung in Europa aktuell vor

große Probleme. Abgerissene Lieferketten, steigende Preise und starke Abhängigkeiten von China und Indien haben in den letzten Monaten immer wieder zu Arzneimittellieferengpässen geführt.

Diesem Problem möchte die EU nun mit ihrer neuen Pharma-Strategie etwas entgegensetzen. Das 1600-seitige Machwerk beinhaltet eine Vielzahl an Maßnahmen, die darauf abzielen, unsere Arzneimittelversorgung robuster zu machen. So soll beispiels-

weise der Austausch von Daten zu Lieferengpässen verbessert werden. Gleichzeitig möchte die EU Anreize für die Entwicklung von neuen dringend benötigten Antibiotika setzen. Zusätzlich wird das Patentsystem reformiert. Unternehmen, die dringend benötigte Arzneimittel entwickeln, erhalten als Belohnung eine Verlängerung des Patentschutzes auf ihre Arzneimittel. Schlussendlich will die Kommission den Forschungsstandort Europa durch den Abbau von bürokratischen Hürden stärken.



Warum Spielregeln hilfreich für alle Beteiligten sind

Die SPD-Fraktion beschließt ein Positionspapier zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Jetzt ist der Justizminister an der Reihe.

Diskriminierung ist ein großes, abstraktes und negativ konnotiertes Wort. Und tatsächlich wirken sich Diskriminierungserfahrungen sehr schädlich auf die Menschen aus, die sie erleben. Wenn eine Person beispielsweise eine Wohnung nicht vermietet bekommt, weil sie einen Namen hat, der mit einem anderen Land assoziiert wird. Oder auch, wenn das deutsche Botschaftspersonal in einem EU-Land einen anderen Botschafter bei einem Empfang elegant wieder ausladen muss, weil auffällt, dass die baulichen Voraussetzungen nicht für einen Gast im Rollstuhl ausgelegt sind. Praktisch hat es unmittelbar negative Konsequenzen für die betroffene Person, die eine Wohnung nicht bekommt oder bei einem Empfang unter Botschafter*innen das eigene Land nicht vertreten kann.

In jedem Fall markiert eine Diskriminierungserfahrung die betroffene Person immer als eine Art Mensch zweiter Klasse. Einen Menschen, der nicht dazu gehört. Dass solche Erfahrungen sich auf das Selbstwertgefühl und langfristig auf körperliche Eigenschaften, wie das Stresslevel, die Schlafqualität, den Herzkreislauf und das Immunsystem niederschlagen, ist kaum überraschend.

Gleichzeitig muss all diesen Diskriminierungserfahrungen natürlich kein

böser Wille unterstellt werden. Beim Bau der Botschaft hat womöglich niemand daran gedacht, dass es Menschen mit einer Lebensrealität und Bedarfen gibt, die der eigenen fremd sind. Und selbst die vermietende Person ist womöglich intuitiven (und gesellschaftlich verbreiteten) Vorurteilen aufgesessen, dass Menschen mit einem „anders“ klingenden Namen lauter sind, in größeren Familien zusammenleben oder oft geruchsintensiv kochen.

Der Begriff Diskriminierung offenbart also ein Spannungsfeld: Einerseits sind da Menschen, die in gewisser Weise fehlbar sind, weil sie Menschen sind. Andererseits sind da Menschen, die mit durchaus gravierenden Folgen ausgeschlossen werden, die als „anders“ und „ungewohnt“ wahrgenommen werden. Es ist also am Ende wie beim „Mensch ärgere dich nicht“: Alle wollen so schnell wie möglich ihre Figuren ins Haus bringen, aber es ist schädlich für alle, wenn dabei Menschen übervorteilt oder ausgeschlossen werden. Es braucht Regeln, die für alle gelten und klar festlegen, wie man miteinander umgeht – damit niemand übervorteilt oder ausgeschlossen wird und alle Beteiligten Spaß am Spiel haben. Es braucht klare Regeln, die für alle definieren, was eine Diskriminierung ist, wie ihnen vorgebeugt wird und welche Folgen sie hat.

Kurz: Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ist nichts anderes als eine Art Spielanleitung für einen etwas größeren Zusammenhang. Es legt Regeln fest, die für alle gelten und schafft Sicherheit. Für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Aber vor allem auch für Menschen, die niemals in böswilliger Absicht andere Menschen diskriminieren würden und deshalb dankbar für eine Orientierung sind. Es ist deshalb sinnvoll und richtig, dass wir uns als SPD-Fraktion jetzt verstärkt dafür einsetzen, dieses AGG zu reformieren und zum Beispiel klären, welche bauliche Voraussetzungen für Menschen mit Rollstuhl getroffen werden müssen oder welche Regeln für Vermieter*innen von Wohnungen gelten.

Was wir konkret wollen

- » Bessere Klagemöglichkeiten für Betroffene
- » Härtere Sanktionen bei Diskriminierung
- » Präzisierung und Erweiterung der Diskriminierungsmerkmale und -formen
- » Diskriminierungsschutz im Bereich Wohnen ausweiten
- » Diskriminierungsschutz auch gegenüber Behörden
- » Beratungsstrukturen deutschlandweit fördern